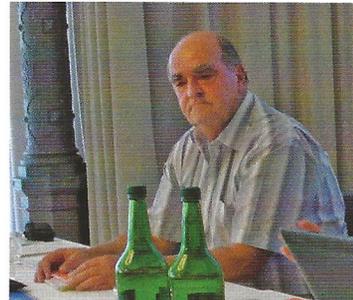


Der Präsident hat das Wort



Die grüne Welle bringt das Parlament durcheinander

Noch nie seit den ersten Wahlen nach dem Proporzsystem im Jahr 1919 hat eine Partei so viele Sitze auf einmal gewonnen wie die Grünen und noch nie sind so viele Frauen gewählt worden. Das ist historisch !

Nach einer monatelangen Wahlkampagne sind die Würfel gefallen. Ein etwas bitterer Nachgeschmack bleibt übrig für die Parteien, rechts und links, welche die Schweiz seit Jahrzehnten gestaltet haben. Nach den grossen Demonstrationen über das Klima haben die grünen Parteien zugeschlagen. Die Anzahl der von den Grünen gewonnenen Sitze ist vergleichbar mit einem kleinen Erdbeben. Die traditionellen Rechtsparteien, aber auch die Linken, müssen jetzt ihre Einstellung gegenüber der Ökologie überprüfen oder mindestens ihre Programme zu diesem Thema ändern. Die Jungen wurden immer wieder aufgerufen, an die Urnen zu gehen, damit es zu Veränderungen kommt. Nachträglich kann man sagen, dass dieser Aufruf gehört wurde. Die Welt der Politiker wird seither von einem grossen Zittern erfasst, es kommen auch neue Ideen und das ist gut so !

Diese Wahlen bedeuten auch das Ende der Vorherrschaft von SVP/FDP im Nationalrat, welcher seine Mehrheit in der letzten Legislaturperiode nutzte und ausnutzte. Alle grossen sozialen Projekte wurden durch diese Mehrheit zur Seite gelegt, sei es die Altersvorsorge oder Verbesserungen im Bereich Krankenversicherung. Das neue Parlament hat sich nach Mitte links verschoben und muss jetzt die Situation bereinigen. Die finanzielle Lage der AHV ist noch gut, denn sie kann sich auf ein vorläufig ausreichendes Vermögen stützen. Es müssen aber Massnahmen getroffen werden, um die zukünftigen Renten zu sichern. Die so genannten «baby-boomers», das sind Personen mit Jahrgang 1955 - 1965, werden ab 2020 das Rentenalter erreichen. Durch diese demographische Entwicklung werden mehr finanzielle Mittel für die erste Säule benötigt. Der Bundesrat hat ein viel versprechendes Projekt bekannt gegeben, aber dieses enthält die Forderung nach Altersgleichheit der AHV-Renten bei 65 für Männer und Frauen.

Für dieses Projekt wird es schwer sein, beim neuen Parlament eine Mehrheit zu finden. Der Bundesrat muss über die Bücher gehen und Zugaben erwägen für die Renten jener Leute, welche jedem Monatsende mit Sorgen entgegen sehen.

Vor allem in der beruflichen Vorsorge sind Reformen notwendig, denn die von den Pensionskassen investierten Summen werfen seit Jahren unterdurchschnittliche Erträge ab. Als die zweite Säule eingeführt wurde, waren sich alle einig, dass diese Erträge eine dritte Einnahmequelle der Altersvorsorge bilden würden. Während den letzten paar Jahren waren sie so tief, dass die Pensionskassen nicht alle Renten voll bezahlen konnten. Es braucht also eine globale, transparente und ausgeglichene Reform, welche das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wieder herstellt. Der von den Arbeitgebern und den Gewerkschaften gefundene Kompromiss ist interessant, denn er garantiert die Renten und gibt Anlass zur Hoffnung, dass die berufliche Altersvorsorge nicht im vorprogrammierten Scherbenhaufen endet.

Die Probleme im Gesundheitswesen sind eine grosse Besorgnis für die Bevölkerung und müssen resolut angegangen werden, denn man kann die regelmässigen Prämienhöhungen bald nicht mehr ertragen. Eine Reform des KVG (Krankenversicherungsgesetz) muss in den nächsten Jahren stattfinden. Das neue Parlament wird sich nicht über Arbeitsmangel zu beklagen haben.

Auf die Frage der Europäischen Union wird die neue Zusammensetzung des Parlaments wenig Auswirkung haben. Die politischen Kräfte in diesem Bereich sind gespalten. Es besteht die Hoffnung, dass der mit der EU ausgehandelte Rahmenvertrag zu einer Verstärkung des Lohnschutzes beitragen werde. Der Ball ist auf der Seite der Stimmberechtigten, welche nächstes Jahr über die Initiative der SVP gegen die Personenfreizügigkeit abstimmen werden. Mit der Annahme dieser Initiative würde die Diskussion beendet. Eine erste Schlacht wird im Dezember im Parlament stattfinden, denn es wird über einen neuen

Beitrag von 1,3 Milliarden Franken für die Erweiterung der EU abgestimmt.

Das sind die grossen Themen, worüber das neue Parlament beraten wird, aber das sind nicht die einzigen. Das Steuerwesen muss revidiert werden, die Mobilität fordert Investitionen in Milliardenhöhe, die Migration, die zurückgegangen ist, wird uns auch noch vor Problemen stellen. Im Zentrum der Traktandenliste des Parlaments muss die Schaffung einer echten Familienpolitik stehen, welche Massnahmen

für Erleichterungen des Zusammenlebens von Beruf und Familie enthalten.

Die nächste Legislatur wird spannend und wir wünschen unseren neuen Vertretern einen klaren Blick bei ihren Entscheidungen, Offenheit für neue Ideen und vor allem das Bewusstsein, dass sie über das Wohlergehen ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger entscheiden.

Michel Pillonel

Organisation von Demonstrationen für das Klima auf dem Internet ?

Seit einigen Monaten gehen die Jungen auf die Strasse und verlangen von den Politikern, dass sie den Klima-Notstand ausrufen. Dabei machen sie gleichzeitig den älteren Generationen den Vorwurf, sie hätten natürliche Energiequellen missbraucht. Das ist verständlich. Die Jungen müssen sich aber auch einen Vorwurf gefallen lassen, denn sie verbrauchen weltweit Energie durch die Benützung des Internets und des Webs. Es geht jetzt nicht um die Suche nach Sündenböcken, aber jede Generation steht in der Verantwortung.

Internet ist das weltweite Netz, welches mehr als 90'00 Netze miteinander verbindet und benützt die Paketvermittlung (das historische Telefonnetz verwendet die Leitungsvermittlung) Die Prinzipien wurden an der Delegiertenversammlung der Schweiz. Rentnervereinigung vom 4. Juni 2019 in Sion präsentiert. Das Web (für World Wide Web) benutzt das Internet, um Zugang zu den Computern («data centers» oder «Datenzentren») zu geben, welche Informationen enthalten wie zum Beispiel Texte, Bilder, Töne, Verknüpfungen. Es werden spezifische Informatik-Protokolle verwendet und diese Computer können durch ihre spezifische Adresse erreicht werden. Gewöhnlich wird die gesuchte Quelle mit Hilfe der Suchmaschinen erreicht.

Der Energieverbrauch betrifft drei Elemente: Internet, die Datenzentren und die Benutzer. 2017 schätzte Greenpeace den durch die Benutzung des Internets entstandenen Energieverbrauch auf 7 % der gesamten Elektrizität weltweit. Diese Zahl könnte 2020 bei etwa 20 % liegen. Mit einem Anruf kann man das betreffende Datenzentrum erreichen, das tausende von Kilometern entfernt liegt. Die vom Internet benutzten Zentralen benötigen auch viel Elektrizität. Die Datenzent-

ren sind anspruchsvoller, denn sie müssen abgekühlt werden. Das ist einer der Gründe, weshalb sich zahlreiche Zentren in Island befinden. Je nach den Bereichen werden die gleichen Quellen verdoppelt, um bei Problemen einsatzbereit zu sein. In den Vereinigten Staaten gibt es Kernkraftzentralen, die ausschliesslich zur Speisung dieser Zentren dienen. Schliesslich ist der Benutzer auch eine grosse Verbrauchsquelle, nicht nur für die Speisung seines Computers, sondern auch für die Fahrt auf dem Netz und die Lagerung seiner Daten. Man schätzt, dass ein mittlerer Internaut 365 kWh (365 000 Watts/Stunde) verbraucht. Ein einfaches selfie braucht so viel Energie wie 3 oder 4 Energiesparlampen während einer Stunde.

Nach China und den Vereinigten Staaten ist das Internet weltweit der drittgrösste Verbraucher mit 1500 TWh (T für Tera = 1 Million Millionen). Der Verbrauch steigt beim Anschauen eines Films oder einer Kurzvideo auf einer Webseite, beim on-line Musikhören oder beim Fahren auf Webseiten mit vielen Bildern.

Wie soll man Demonstrationen der jungen Leute organisieren, wenn nicht auf den sozialen Medien? Diese Geräte verbrauchen Energie, erneuerbar oder nicht, je nach der vorhandenen Mischung. Das hat eine direkte Wirkung auf den Ausstoss von CO₂. Im Fall von Atomkraft entstehen radioaktive Abfälle für eine sehr lange Periode. Man könnte sagen: Match unentschieden, Ball zum Mittelpunkt.

P. Lässer

Quellen: Total DirectEnergie, Greenpeace (Studie Clicking Clean), wikipedia, L. Julia L'IA existiert nicht.

Wohnungen für Senioren

Im Jahr 2016 waren in der Schweiz 1,5 Millionen Personen 65 Jahre alt oder älter. Gemäss Schätzung des Bundesamtes für Statistik werden 2045 mehr als 2,7 Millionen Personen dieser Altersgruppe angehören.

Die Bevölkerung wird also in den nächsten Jahrzehnten stark zunehmen. Welche Auswirkung wird diese Entwicklung für ältere Menschen haben? Für Eigentümer von Wohnraum wird der Uebertritt in den Ruhestand Finanzierungsprobleme bringen und auch Veränderungen in

der Lebensweise und in der Grösse des notwendigen Wohnraums. Die meisten von ihnen werden sich überlegen müssen, ob sie in eine kleinere Wohnung umziehen wollen, die dann ihrem Bedarf auch besser entspricht. Gleichzeitig werden oft die finanziellen Mittel der Senioren eingeschränkt.

Eine Studie, welche von der ZHAW School of Management and Law ausgeführt und im April 2019 veröffentlicht wurde, befasst sich mit der Zweckmässigkeit von Wohnraum, welcher für ältere Menschen be-

stimmt ist und auch mit den Ansprüchen, die über 50-jährige Personen an ihre Wohnung stellen.

Es ist tatsächlich ein Problem für Rentner/innen, den gewünschten und benötigten Wohnraum langfristig zur Verfügung zu haben. Der im Lauf der Jahre aufgebaute, emotionale Wert einer Wohnung ist ebenfalls zu berücksichtigen, besonders wenn es Erinnerungen an das Familienleben mit Kindern gibt.

Diese Studie hat aufgezeigt, dass finanzielle Überlegungen bei Entscheidungen über Verkauf oder Vermächtnis einer Wohnung eher zweitrangig sind. **Meistens trennt man sich von einer Wohnung weil sie eher zu gross ist.** Aus der Studie geht auch hervor,

dass 26 % der Rentner/innen bereit sind, ihre Wohnung zu verkaufen, während man bei 71 % feststellen kann, dass sie es vorziehen, diese zu vererben. Man muss aber berücksichtigen, dass die Tendenz, Wohnraum zu verkaufen steigt, wenn Ereignisse eintreten wie zum Beispiel der Tod einer/eines Angehörigen oder wenn der Bedarf an medizinischer Pflege sehr hoch ist.

Man redet heute von Wohnraum bestehend aus auswechselbaren Teilen, welche man an die Situation einer Familie anpassen kann und auch an den gesundheitlichen Zustand der Bewohner. Auf dem Markt gibt es davon leider noch wenig.

Christiane Layaz, Waadtländische Rentnervereinigung

Die Beweglichkeit der Senioren

Der Verkehrs-Club der Schweiz «VCS» hat soeben den «Ratgeber Elektromobile» herausgegeben. Darin präsentiert er verschiedene Typen von elektrischen Fahrzeugen, welche speziell für Senioren und Personen mit beschränkter Bewegungsfreiheit gebaut werden. Es sind nicht elektrische Autos, sondern kleine, elektrische Fahrzeuge, wie Rollfahrstühle mit Motoren, leichte Velos oder Fahrräder mit Motoren. Solche Fahrzeuge bewegen sich meistens auf drei Rädern. Auszug aus dem Inhalt des Ratgebers:

- Spezielle Verkehrsregeln für Elektromobile (z.B. auf Trottoir oder Fussgängerstreifen)
 - wo darf man parkieren?
 - benötigt man einen Fahrausweis, ein Kontrollschild, einen Helm?
- Ratschläge werden auch erteilt. Diese Broschüre gibt Antworten auf zahlreiche Fragen über die Benützung von Elektromobilen.

Eine andere Publikation, «mobil sein und mobil bleiben», weist auf

die grundsätzlichen Verkehrsregeln hin (z.B. «sehen und gesehen werden»), egal ob man im Auto, zu Fuss oder mit einem öffentlichen Verkehrsmittel unterwegs ist. Auch weniger bekannte Verkehrsmittel, z.B. Transporte durch das Rote Kreuz, werden behandelt. Die verschiedenen Möglichkeiten, ein SBB-Billet zu kaufen werden erklärt. Ferner enthält die Publikation einen Überblick über regionale und nationale Tarife, sowie 135 Ratschläge zum Thema Mobilität.

Beide Publikationen sind gewinnbringende Lektüren.

Sie können gratis bestellt werden durch ate@ate.ch oder auf der Webseite www.ate.ch/thèmes. Sie sind erhältlich in den offiziellen Landessprachen. Die Webseite enthält auch Angaben über andere Publikationen zum Thema Mobilität, welche nicht nur Eltern interessieren können, sondern auch Grosseltern, die ihre Enkelkinder betreuen.

P. Lässer

Senioren und die Arbeitswelt

Unter den zahlreichen Herausforderungen, die es gibt für Senioren, ist eine kürzlich besonders aufgefallen, nämlich der Status der Senioren in der Arbeitswelt. Dabei geht es für die Senioren darum, sich Fähigkeiten anzueignen, diese am Arbeitsplatz anzuwenden und zu entwickeln. Unter dem Begriff Senior kann man Personen ab 50 bis weit über 65 Jahre alt verstehen, also das dritte Drittel der Karriere und den Übergang in den Ruhestand.

Pro Senectute Wallis hatte im Frühjahr 2018 die Dachorganisationen der Wirtschaft und der Arbeitnehmer, sowie die institutionellen Partner, eingeladen, sich zusammenzuschliessen, um ihre Sorgen und Probleme, und auch jene der Personen im Ruhestand, gemeinsam und im Sinn von Zusammenarbeit und Erneuerung zu besprechen. Vertreter der Universität Lausanne haben die Gruppe mit Beiträgen aus dem Bereich Forschung verstärkt. Die folgenden fünf wichtigsten Themen sind in Bearbeitung:

- Sammeln von praxisorientierter Erfahrung von Unternehmungen und Kantonsangestellten;
- Förderung von Leistungen für die Vorbereitung auf den Ruhestand;
- Identifizierung von speziell für Senioren bestimmten Quellen und Leistungen;
- Verfeinerung von statistischen Angaben (z.B. Anzahl von über 65-jährigen Personen im Erwerbsleben) und Schaffung von Hilfsmitteln für die Betreuung;
- Vorbereitung von Informations- und Promotionsmaterial für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Die Herausforderungen sind wirklich zahlreich. Jetzt liegt es an den Senioren, diese zu analysieren und zu verstehen und sie in ihrem

Bewusstsein aufzunehmen. Man muss über die Themen debattieren, Verbesserungen und Lösungen anstreben, neue Strategien erarbeiten, immer mit der nötigen Verantwortung. Persönliche und individuelle Initiativen sind gefragt.

2020 werden die Medien über die laufenden Arbeiten berichten.

Sion, Oktober 2019

Christian Bonvin, Vizepräsident Walliser
Verband der Rentner

Steuerbelastung, hat der Wind gedreht ?

Die Vorschriften für die steuerliche Belastung von multinationalen Firmen werden wahrscheinlich auf internationaler Ebene geändert. Gemäss einem kürzlichen Vorschlag der OCDE soll ein Teil der Gewinne und der Besteuerungsrechte jenen Ländern und Rechtsgebieten zugeteilt werden, in welchen die multinationalen Firmen den Markt bearbeiten. Gemäss dem Vorschlag würde garantiert, dass die multinationalen Firmen in jenen Rechtsgebieten besteuert würden, in denen sie umfangreiche Tätigkeiten haben, aber nicht sichtbar präsent sind. Dazu würde es neue Vorschriften geben, die bestimmen würden, in welchen Orten Steuern zu bezahlen sind (Regel der Verbindung) und auf welchem Anteil des Gewinns (Regel der Verteilung der Gewinne). Am Anfang bestand das Ziel dieser neuen Vorschriften darin, die Multinationals des digitalen Bereichs zu besteuern (besonders GAFA - Google, Apple, Facebook, Amazon, zu welchen man logischerweise auch Microsoft, IBM und Netflix zählen kann). Wahrscheinlich werden die neuen Vorschriften auch für die BATX (die chinesische Version von den GAFA: Baidu, Alibaba, Tencent und Xiaomi) gelten. Für diese Gruppen könnten die neuen Prinzipien ziemlich rasch angewendet werden. Es gibt Länder, worunter Frankreich, die schon Massnahmen eingeleitet haben für eine nationale Besteuerung der Gewinne dieser Gruppen ab 2020.

Die Arbeiten für eine Ausdehnung dieser Prinzipien auf andere multinationale Firmen sind schon fortgeschritten. Dieses Projekt wird bestimmt Anlass zu angeregten Verhandlungen unter den Ländern der OCDE geben. Unter den Verlierern befinden sich einige «kleine» Länder worunter die Schweiz. Dem Bund könnten jährlich mehrere Milliarden Franken an Steuereinnahmen entgehen und ungefähr gleich viel Verlust würden die Kantone und die Gemeinden zusammen erleiden. Auch die schweizer multinationalen Firmen erwirtschaften einen gros-

sen Teil ihres Umsatzes im Ausland. Da gibt es die Unternehmen der chemischen Branche und auch die Firma Nestlé, welche in der Schweiz nur etwa 7 % ihres gesamten Umsatzes erreicht.

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, aber die Tendenz ist klar. Die Entwicklung ist noch nicht beendet, aber es ist höchst wahrscheinlich, dass die Schweiz unter den «Verlierern» sein wird. Gemäss einer ersten Schätzung, die in der Presse erschienen ist, sind die genannten Zahlen enorm hoch. Es ist möglich, dass die Methode schliesslich ein wenig abgeschwächt wird. Die Einnahmen des Bundes werden sicher sinken und es wird viel Gesprächsstoff über dessen Einnahmen und Ausgaben geben. Wenn man diese Einnahmenverluste und die neuen, voraussehbaren Ausgaben betrachtet, besonders im Bereich Altersvorsorge, da kann es zu Streitgesprächen kommen, zum Beispiel über die finanzielle Lage der AHV, die sich seit mehr als zehn Jahren verschlechtert. Seit 2014 genügen die gesamten Lohnabzüge und die Beiträge der öffentlichen Hand nicht mehr, um die laufenden Renten zu bezahlen. 2018 betrug das Defizit 1,039 Milliarden Franken. Das Problem wird ab 2020 immer grösser, weil dann die Personen der Jahrgänge mit grösseren Geburtenzahlen in den Ruhestand treten. Mit der Zusatzfinanzierung von 2 Milliarden Franken, welche die AHV im Rahmen der Steuerreform und AHV-Finanzierung erhält, kann das Ungleichgewicht reduziert aber nicht ganz eliminiert werden. Die finanzielle Lücke wird bis 2030 bei 26 Milliarden Franken bleiben. Mit dem Projekt AHV 21 schlägt der Bundesrat verschiedene Massnahmen bei den Einnahmen und bei den Ausgaben vor.

P. Lässer

(Quellen: OCDE, Mitteilung des BSV vom 20.08.19 für die AHV)

Kurz gesagt

In sehr naher Zukunft wird die Mehrheit der Einwohner in der Schweiz über 50-jährig sein. Bereits in zehn Kantonen hat es mehr Leute 65+ als Kinder und Jugendliche 20-jährig oder jünger. Diese Tatsache könnte politische Spannungen erzeugen und den Generationenvertrag in Frage stellen (BZ 28.08.19, Der Bund 11.09.19).

Ab 2021 müssen Erben Ergänzungsleistungen, welche ihre verstorbenen Eltern erhalten haben, bis zu einem Maximalbetrag zurückzahlen, falls die Eltern ein Vermögen hinterlassen haben, wie z.B. ein Haus (BZ 17.10.19). Diese Regel könnte auch für «verschwenderisch» ausgegebenes Vermögen angewendet werden.

Die Richtlinien für «Sozialdetektive» sind veröffentlicht worden. Die Detektive müssen eine Ausbildung und Erfahrung haben und keine Eintragungen im Strafregister. Die erlaubten Hilfsmittel und die Orte, wo Ueberwachung zugelassen ist, sind ebenfalls definiert.

96 % der Pensionskassen weisen einen Deckungsgrad von mindestens hundert Prozent aus. Gemäss dem Monitor von Swisscanto beträgt der Deckungsgrad der privat-rechtlichen Kassen 117,5 % und derjenige der öffentlich-rechtlichen Kassen 111 % per Ende September 2019. Verluste können rasch auftreten, denn zahlreiche Kassen haben risikante Investitionen getätigt.